

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
mit Antwort der Landesregierung
- Drucksache 17/5369 -**

Wie geht es weiter mit der Initiative „Bürgernahe Justiz“?

Anfrage der Abgeordneten Mechthild Ross-Luttmann (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 07.03.2016, an die Staatskanzlei übersandt am 14.03.2016

Antwort des Niedersächsischen Justizministeriums namens der Landesregierung vom 13.04.2016, gezeichnet

Antje Niewisch-Lennartz

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 16. Februar 2016 veröffentlichte das Justizministerium eine Pressemitteilung mit der Überschrift „Initiative ‚Bürgernahe Justiz‘ startet - Justiz bündelt Einzelinitiativen unter Dachmarke“. Darin wird die Justizstaatssekretärin u. a. mit folgenden Worten zitiert: „Mit der Initiative ‚Bürgernahe Justiz‘ möchte ich ein Dach schaffen für all die Einzelbausteine, die eine bürgernahe Justiz ausmachen. Wir arbeiten schon eine ganze Weile an Einzelinitiativen. Aber die Schritte sind kleinteilig und häufig nicht sichtbar in ihrer Bedeutung für das Gesamtprojekt“, erklärte Otte. „Ich werde in diesem und im nächsten Jahr laufende und neue Initiativen einbringen, miteinander vernetzen, um so ihre Wirksamkeit noch zu erhöhen.“

Unter Bezugnahme auf die Urteile des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 29.01.2016, Az. StGH 1, 2 und 3/15, Rn. 46, und vom 22.08.2012, Az. StGH 1/12, Rn. 54-56, weise ich darauf hin, dass ich ein hohes Interesse an einer vollständigen Beantwortung meiner Fragen habe, die das Wissen und den Kenntnis-/Informationsstand der Ministerien, der ihnen nachgeordneten Landesbehörden und, soweit die Einzelfrage dazu Anlass gibt, der Behörden der mittelbaren Staatsverwaltung aus Akten und nichtaktenförmigen Quellen vollständig wiedergibt.

Vorbemerkung der Landesregierung

Bürgernähe ist für die niedersächsische Justiz schon seit langem ein zentrales Handlungsziel und im Berufsverständnis der Justizangehörigen tief verankert. Für sich genommen ist dieses Ziel nicht neu, sondern eine Daueraufgabe der Justiz. Es zu verfolgen ist geboten. Die Justiz wird ihrem rechtsstaatlichen Auftrag nur dann gerecht, wenn sie ohne Ansehung der Person für alle Rechtsuchenden zugänglich ist. Die Verfahrensordnungen sowie angelegte Regelungen wie etwa zur Prozesskostenhilfe gewährleisten dies für Verfahrensbeteiligte. Außerhalb von gerichtlichen oder staatsanwaltschaftlichen Verfahren ist es Aufgabe auch der Justizverwaltung, für den Abbau von Zugangshürden für Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Dabei gibt es keine einzelne Maßnahme, die zum Ziel führt. Bürgernähe der Justiz erfordert vielmehr eine große Vielzahl von Maßnahmen oder „Einzelbausteinen“ sowie ihre Umsetzung durch die Gerichte und Staatsanwaltschaften und durch die einzelnen Justizangehörigen. Dabei kann das Handlungsziel niemals abschließend erreicht werden, weil in einer lebendigen Gesellschaft die Anforderungen an staatliche Institutionen einem steten Wandel unterliegen.

Im Rahmen einer Projektmanagementstruktur (hier: Programm) widmet sich die Initiative „Bürgernahe Justiz“ dem zweitgenannten Aspekt von Bürgernähe. Sie zielt darauf ab, die Zugänglichkeit von Gerichten und Staatsanwaltschaften für Bürgerinnen und Bürger außerhalb von Verfahren, in denen sie Beteiligte sind, abzubauen. Innerhalb der Projektsäulen zu Kommunikation, dem Internetangebot der Justiz, der Verbesserung der Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen so-

wie zur Zugänglichkeit von Gerichten und Staatsanwaltschaften im Übrigen werden bis zum definierten Programmende im Dezember 2017 die laufenden Vorhaben des Justizministeriums gebündelt und neue Initiativen entwickelt werden. Der Geschäftsbereich des Ministeriums hat die Möglichkeit, Vorhaben in das Programm einzubringen. Mit der Bündelung von Einzelvorhaben in einem Programm sowie mit der Einbindung von Rechtsanwalts- und Notarkammern und justiznahen Verbänden soll die Entwicklung von neuen Initiativen in einem gestrafften Vorgehen angeregt und die Sichtbarkeit des Gesamtvorhabens erhöht werden.

1. Welche Projekte, Maßnahmen und Initiativen sind in Niedersachsen im Bereich „Bürgernahe Justiz“ zwischen 2003 und 2013 neu gestartet oder initiiert worden, und welche bestehenden sind fortgeführt worden?

Es wird auf die **Anlage 1** verwiesen. Die dort aufgeführten Vorhaben des Justizministeriums und die von den Gerichten und Staatsanwaltschaften benannten Vorhaben fallen in die in der Vorbemerkung genannten Themenbereiche der Initiative „Bürgernahe Justiz“.

Da es weder in den Jahren 2003 bis 2013 noch in den Jahren davor eine vergleichbare Gesamtinitiative des Justizministeriums zur Bündelung von Einzelmaßnahmen zur Förderung der Bürgernähe der niedersächsischen Justiz gab, kann diese Zuordnung nur auf einer retrospektiven Wertung beruhen.

Die Schwierigkeiten, die sich für eine Beantwortung der Frage hieraus ergeben, hat der Generalstaatsanwalt in Oldenburg beispielhaft formuliert: „Es hat im abgefragten Zeitraum vielfältige und ständige Bemühungen um eine Verbesserung des Verhältnisses der Staatsanwaltschaften zu den rechtsuchenden Bürgern gegeben. Zum Teil handelte es sich eher um kleinteilige ‚Projekte‘, die nicht selten primär andere Zwecke verfolgten, im Ergebnis aber auch dazu dienten, den Bürgern den Umgang mit der Justiz zu erleichtern (...). Eine vollständige Zusammenstellung aller Maßnahmen scheitert schon daran, dass diese Bemühungen nicht in irgendein Verzeichnis aufgenommen worden sind und daher ad hoc nicht mehr aufzählbar sind.“ In vergleichbarer Weise hat sich auch der Generalstaatsanwalt in Braunschweig geäußert. Er weist in seinem Bericht mit folgenden Worten auf die Schwierigkeit der Beantwortung der Frage hin: „Ich überreiche die Tabelle, die ich aufgrund meiner Erinnerung ausgefüllt habe. Die Auskunft muss unvollständig sein, denn zum einen ist der Begriff ‚Bürgernahe Justiz‘ nicht hinreichend trennscharf formuliert, zum anderen ist das, was man sich unter ‚Bürgernahe Justiz‘ vorstellen kann, Gegenstand täglicher Maßnahmen, ohne dass diese über einen Zeitraum von mehr als 15 Jahren im Einzelnen nachvollzogen werden könnten.“

Möglicherweise vor diesem Hintergrund haben einige Gerichte sowie eine Staatsanwaltschaft Fehlanzeige erstattet. Ein Gericht hat keine Maßnahmen benannt, weil die für die Beantwortung der Frage zur Verfügung stehende Zeit nicht ausreichend erschien.

Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen weist in seinem Bericht darauf hin, dass Vorhaben, die in der Zweigstelle des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen unter der Federführung des dortigen Senators für Justiz und Verfassung (z. B. Bezug des erweiterten barrierefreien Justizzentrums, dessen Verwaltung in bremischer Hand liegt) und/oder aufgrund bremischen Rechts (z. B. Verordnung zur Änderung der Bremischen Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung vom 20.11.2012 - Brem.GBl. Nr. 40 vom 10.12.2012, S. 506 - zur Einstellung u. a. eines Gebärdenvideos) initiiert wurden, in der Anlage nicht aufgeführt sind.

2. Was sind die „Einzel-Bausteine“, von denen Justizstaatssekretärin Otte in der Pressemitteilung des MJ vom 16.02.2016 spricht?

Siehe Vorbemerkung.

- 3. Welche zuvor nicht bestehenden Projekte, Maßnahmen und Initiativen sind in Niedersachsen im Bereich „Bürgernahe Justiz“ seit Regierungswechsel 2013 ganz neu entwickelt oder neu gestartet worden?**

Es wird auf die **Anlage 2** verwiesen.

Wegen des Umfangs der aufgeführten Vorhaben wird auf die in der Antwort zu Frage 1 wiedergegebenen Ausführungen aus dem Geschäftsbereich des Justizministeriums verwiesen.

- 4. Welche „neuen Initiativen“, die Justizstaatssekretärin Otte in der Pressemitteilung des MJ vom 16.02.2016 erwähnt, will sie in diesem und im nächsten Jahr zusätzlich einbringen?**

Es ist Aufgabe des Programms „Bürgernahe Justiz“, diese Vorhaben zu entwickeln.

- 5. Wie konkret und im Einzelnen will Justizstaatssekretärin Otte die einzelnen Initiativen miteinander vernetzen, und woraus im Einzelnen soll sich die Erhöhung ihrer Wirksamkeit ergeben?**

Es ist Aufgabe des Programms „Bürgernahe Justiz“, Vorhaben zu vernetzen. Dies erfolgt im Rahmen von Veranstaltungen wie der Auftaktveranstaltung zum Programm „Bürgernahe Justiz“ am 16.02.2016 oder dem Gedankenaustausch zu dem Thema mit Vertreterinnen und Vertretern der professionellen Intermediäre am 26.02.2016, außerdem im Rahmen der Projektgruppen sowie auf der Ebene der Programmleitung.

Die Erhöhung ihrer Wirksamkeit soll sich bereits daraus ergeben, dass die Vorhaben dem gemeinsamen Ziel, die Bürgernähe der Justiz zu fördern, unterstellt werden und so ihre Wahrnehmung auch bei den Justizangehörigen erhöht wird. Das Justizministerium wird außerdem - wie auch schon im Jahr 2015 - Vorhaben aus dem Handlungsfeld „Bürgernahe Justiz“ in die Zielvereinbarungen mit den Bezirken der Obergerichten und Generalstaatsanwaltschaften nach § 17 a LHO einbringen.

- 6. Wie ganz konkret und im Einzelnen will Justizstaatssekretärin Otte bei allen Justizangehörigen das Bewusstsein dafür wecken, dass jeder einzelne zu einer bürgernahen Justiz einen Beitrag leisten kann?**

Siehe Antwort Frage 5. Ergänzend wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

- 7. Welche Beiträge können die einzelnen Justizangehörigen zu einer bürgernahen Justiz im Einzelnen in den unterschiedlichen Arbeitsbereichen leisten?**

Siehe Vorbemerkung.

- 8. Wie lange soll die Initiative „Bürgernahe Justiz“ laufen?**

Siehe Vorbemerkung.

- 9. Welche Haushaltsmittel will Justizstaatssekretärin Otte für die Initiative „Bürgernahe Justiz“ in 2017 und 2018 in den Landeshaushalt einstellen lassen?**

Zusätzliche Haushaltsmittel sind im Haushaltsaufstellungsverfahren nicht angemeldet worden. Dies war im Hinblick auf laufende Vorhaben nicht nötig und im Hinblick auf noch zu entwickelnde Vorhaben nicht möglich.

10. Wie werden die in der Pressemitteilung des MJ vom 16.02.2016 genannten vier laufenden Projekte in diesem Jahr finanziell und personell unterstützt?

Die Pressemitteilung des Justizministeriums vom 16.02.2016 benennt beispielhaft folgende vier laufende Vorhaben, die dem Ziel der Verbesserung der Bürgernähe der Justiz dienen:

- das Modellprojekt Südniedersachsen, in dessen Rahmen das Sozialgericht Hildesheim Gerichtstage und durchgehend eine Rechtsantragstelle am Amtsgericht Göttingen anbieten wird,
- den Justizservice im Amtsgericht Osnabrück,
- das Projekt „TextLab“, in dessen Rahmen an allen Arbeitsplätzen der niedersächsischen Justiz die Anwendung „TextLab“ angeboten wird, das dabei unterstützt, die Verständlichkeit von Texten zu erhöhen,
- die Übertragung einer Ausfüllhilfe des Vordrucks für Prozesskostenhilfe in Leichte Sprache in Fortsetzung des 2013 begonnenen Vorhabens, häufig genutzte Texte der Justiz in Leichter Sprache anzubieten.

Die Aufwendungen durch das Modellprojekt Südniedersachsen tragen das Justizministerium sowie das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen und der Bezirk des Oberlandesgerichts Braunschweig aus Sachmitteln gemeinsam. Eine Personalverstärkung der beteiligten Gerichte Sozialgericht Hildesheim und Amtsgericht Göttingen ist nicht erfolgt.

Bei dem Justizservice im Amtsgericht Osnabrück handelt es sich um eine seit März 2014 arbeitende zentrale Abteilung, in der Bürgerinnen und Bürger - ähnlich wie bei den Bürgerbüros der Kommunen - ihre Anträge und Anfragen vorbringen sowie Einsicht in Akten und Unterlagen nehmen können. Die Umsetzung erforderte und erfordert keine besonderen personellen und finanziellen Unterstützungsmaßnahmen. Wegen des Erfolgs des Projekts - in Osnabrück sind in den letzten zwei Jahren fast 20 000 Bürgeranfragen im Justizservice bearbeitet worden - hat das Justizministerium mit den Oberlandesgerichten Oldenburg und Celle im Zusammenhang mit den für das laufende Haushaltsjahr geschlossenen Zielvereinbarungen nach § 17 a LHO vereinbart, dass in jedem Bezirk entsprechende Einrichtungen nach dem Osnabrücker Vorbild eingerichtet werden. Dies ist inzwischen beim Amtsgericht Hildesheim und Amtsgericht Stade erfolgt. Weitere Amtsgerichte werden folgen. Soweit finanzielle Unterstützungsmaßnahmen im Einzelfall erforderlich werden, erfolgt die Finanzierung entsprechend den geschlossenen Zielvereinbarungen aus den zugewiesenen Bereichsbudgets der Oberlandesgerichte.

Das Vorhaben TextLab erfordert nach der Beschaffung der Lizenzen für alle IT-Arbeitsplätze in der niedersächsischen Justiz im Jahr 2015, die aus den von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag für das Vorhaben in den Haushaltsplan 2015 eingestellten Mitteln erfolgt ist, in diesem Jahr Mittel für die Wartung. Diese werden vom Justizministerium aus den genannten Mitteln sowie ergänzend aus laufenden Sachmitteln getragen. Die Anpassung der Anwendung TextLab wird von einer Arbeitsgruppe aus Angehörigen des Justizministeriums und Justizangehörigen aus Gerichten, Staatsanwaltschaften und dem Justizvollzug erarbeitet, die hierfür keine Freistellung erhalten mussten. Zusätzliches Personal wird für das Vorhaben nicht eingesetzt.

Das Vorhaben Leichte Sprache - Ausfüllhilfe PKH-Antrag erfordert in diesem Jahr keine finanziellen Mittel. Der für die Übertragung des Quelltextes in Leichte Sprache von der Universität Hildesheim, dort der Forschungsstelle Leichte Sprache mit Frau Professor Maaß, in Rechnung gestellte Betrag wurde im Jahr 2015 aus Sachmitteln des Justizministeriums aufgebracht. Bei dem Vorhaben wurde das Justizministerium durch einen Richter aus dem Bezirk des Landgerichts Hildesheim als Projektleiter unterstützt, der diese Aufgabe auch zu Beginn des Jahres 2016 noch neben seinen Dienstpflichten ausgeübt hat, ohne dass er von diesen freigestellt werden musste. Die mit dem Abschluss des Vorhabens einhergehenden Aufwendungen werden vom Justizministerium getragen, ohne dass zusätzliche finanzielle oder personelle Mittel hierfür benötigt werden.

Anlage 1 (zu Frage 1)

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
MJ ÖA/204	Faltblatt „Das nds. Schiedsamt“	April 1991	September 1992 Lieferung der ersten Auflage	Das Faltblatt wird laufend aktualisiert und neu aufgelegt	Information der Öffentlichkeit
MJ ÖA/102	Broschüre „Gerichtsorganisation in Niedersachsen“	April 1978	Januar 1979	Broschüre wurde bis 4/06 vertrieben. Danach bis jetzt werden die Informationen aktuell im Internet angeboten	Information der Öffentlichkeit
MJ ÖA	Broschüre „Neubeginn ohne Schulden“	Sept. 1998	Mai 1999 Lieferung der ersten Auflage	Broschüre wurde bis 4/06 vertrieben. Danach bis jetzt wird die Broschüre aktuell im Internet angeboten	Information der Öffentlichkeit
MJ ÖA	Broschüre Vorsorgevollmacht	Sept. 2003	Oktober 2003 Lieferung der ersten Auflage	Die Broschüre wird laufend aktualisiert und neu aufgelegt	Information der Öffentlichkeit
MJ ÖA	Broschüre „Das Betreuungsrecht“	Sept. 1978	August 1993	Die Broschüre wird laufend aktualisiert und neu aufgelegt	Information der Öffentlichkeit
MJ ÖA	Broschüre „Tipps für Nachbarn“	Okt. 1985	Juni 1987	Die Broschüre wird laufend aktualisiert und neu aufgelegt	Information der Öffentlichkeit
MJ ÖA/204	Broschüre/Faltblatt: „Konflikt-schlichtung - Außergerichtliche Streitvermittlung in Niedersachsen“	Vor Aug. 2000	Vor Aug. 2000 Lieferung der ersten Auflage	Bis Juni 2012 wurde die Broschüre als Papierfassung herausgegeben. Danach bis jetzt werden die Informationen aktuell im Internet angeboten.	Information der Öffentlichkeit
MJ ÖA/403	Faltblatt Bewährungshilfe	Febr. 1999	Juli 1999 Lieferung der ersten Auflage	Juli 2007 wurde entschieden, dass das Faltblatt nicht weiter gedruckt werden soll (Projekt „Justus“)	Information der Öffentlichkeit
MJ ÖA	Broschüre „Vererben - erben“	Juli 1979	Nov. 1981 Lieferung der ersten Auflage	Die Broschüre wird laufend aktualisiert und neu aufgelegt	Information der Öffentlichkeit

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
MJ 403	Faltblatt Täter-Opfer-Ausgleich	Juni 1999	Juni 2000 Lieferung der ersten Auflage	Das Faltblatt wird laufend aktualisiert und neu aufgelegt	Information der Öffentlichkeit
MJ ÖA	Faltblatt Justiz in Zahlen	April 2006	Mai 2006 Lieferung der ersten Auflage	Das Faltblatt wird laufend aktualisiert und neu aufgelegt	Information der Öffentlichkeit
MJ ÖA	Faltblatt Justizvollzug	Juli 1998	Dezember 1999 Lieferung der ersten Auflage	Das Faltblatt wird laufend aktualisiert und neu aufgelegt	Information der Öffentlichkeit
ÖA /403	Flyer „Aussteigerhilfe Rechts“	Juni 2002	Sept. 2002 (Lieferung der ersten Auflage)	Wird laufend aktualisiert und neu aufgelegt (Federführung inzwischen bei der Aussteigerhilfe)	Information der Öffentlichkeit
MJ ÖA	Broschüre „Zeugen gesucht“ - Hinweisblatt für Zeugen	August/2002	Januar/2003 (Lieferung der ersten Auflage)	Wird laufend aktualisiert und neu aufgelegt	Information der Öffentlichkeit
MJ ÖA	Internet - Anfahrtspläne zu den nds. Justizbehörden	November 2001	Mitte 2002	Die Anfahrtskizzen werden noch immer im Internet angeboten	Erleichterung beim Auffinden der Justizbehörden für die Öffentlichkeit
MJ	Einrichtung des Zentralen Vollstreckungsgerichts in Goslar und des gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder im Zuge des Gesetzes zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung	2011	31.12.2012	01.01.2013	Zentralisierung der bisher dezentral geführten Schuldnerverzeichnisse. Schaffung eines Online-Abrufverfahrens anstelle der Einsichtnahme bei einem örtlichen Amtsgericht.
MJ und ZIB	EGVP	03/2009	09/2010	10/2010	Fachübergreifende Einführung des Elektronischen Gerichts- und Verwaltungs- Postfach (EGVP) in die niedersächsische Justiz. Damit können die Bürger mit der niedersächsischen Justiz rechtswirksam und papierlos im Rahmen der ERVVO kommunizieren.

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
MJ 103	Einsichtsplätze bei den Amtsgerichten	2000	-	2013	Für die maschinell oder bereits elektronisch geführten gerichtlichen Register (Grundbuch, Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregister, Schuldnerverzeichnis) werden bei den Amtsgerichten Einsichtsplätze vorgehalten, an denen Bürgerinnen und Bürger kostenfrei Einsicht in die Verzeichnisse nehmen können.
MJ 103	Automatisiertes Abrufverfahren zur Übermittlung der Daten aus dem maschinell geführten Grundbuch durch Abruf über das Internet für den Personenkreis nach § 133 Abs. 2 Satz 2 GBO	Januar 2003	-	Juni 2005	Durch den Zugriff wird die Geschäftstätigkeit der in Betracht kommenden Stellen und Personen, insbesondere von Behörden und Notaren, erheblich erleichtert. Bürgerinnen und Bürger müssen bei Grundstücksgeschäften nicht mehr zuvor das Grundbuchamt aufsuchen.
MJ 103	Elba-Justizportal (Elektronische Akteneinsicht für Externe)	April 2005	September 2014	März 2006	Die Online-Funktionen Akteneinsicht und Verfahrensstandabfrage sollten für die Anwaltschaft einen Mehrwert bieten und Anreize zur elektronischen Kommunikation setzen. Das Vorhaben wurde nach sehr begrenztem Einsatz beendet.
MJ 103	Bürgerservice Niedersachsen „Rechtsprechung im Internet“	September 2010	fortlaufend	Februar 2012	Konsolidierung vorhandener physisch getrennter und sich im Aufbau unterscheidender Entscheidungsdatenbanken einzelner Gerichte bzw. Gerichtsbarkeiten. Umfassende sowie einheitliche Bereitstellung von Entscheidungen niedersächsischer Gerichte im Internet als Bürgerservice. Alle veröffentlichten oder als veröffentlichungswürdig erachteten Entscheidungen niedersächsischer Gerichte ab dem Jahr 2000 sind in

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
					einer Rechtsprechungsdatenbank gespeichert und für jeden Interessierten abrufbar. Gesucht werden kann nach Stichworten über eine Volltextsuche, über die Eingabe eines bestimmten Gerichts, des Rechtsgebiets, das Aktenzeichen oder eine Norm. Die Nutzung für den privaten Gebrauch ist kostenlos. Die Daten können auf den heimischen Computer heruntergeladen und ausgedruckt werden. Die niedersächsische Rechtsprechungsdatenbank ist erreichbar im Internet unter der Adresse www.rechtsprechung.niedersachsen.de und über das Niedersächsische Landesjustizportal unter www.justiz.niedersachsen.de .
MJ 103	e ² S- Elektronisches Saalmanagement	09/2012	08/2016		Bereitstellung einer Applikation zur elektronisch-ergonomischen und barrierefreien Darstellung aller gerichtlichen und sonstigen Informationen auf Basis aktueller und zukünftiger Fachanwendungen für die Justiz (insbesondere Anzeige der Terminrolle, Saalmanagement für große Justizzentren) Das Vorhaben wurde ursprünglich für Niedersachsen im ZIB geprüft. Es wird im Rahmen der Mitwirkung Niedersachsens im e ² -Verbund unter der Federführung des Landes Sachsen-Anhalt entwickelt. Die Grundlage bildet die in Sachsen-Anhalt entwickelte Software E-CRoM II, welche bereits vereinzelt in den Ländern Bremen, Hessen, Niedersachsen, Saarland und Sachsen-Anhalt eingesetzt wird. Diese Software wird weiterentwi-

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
					ckelt und an den Bedarf der e ² -Länder angepasst.
MJ 106	das Thema Kommunikation ist Gegenstand der Ausbildung der Justizbediensteten sowie von Fortbildungen (u. a. für Proberichterinnen/Proberichter)	fortlaufend	fortlaufend	fortlaufend	Verbesserung der Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern
Oberlandesgericht Braunschweig	Internetauftritt	seit 2004	laufende Aktualisierung		Verbesserung der Informationsmöglichkeit der Bürger mit ständiger Aktualisierung
Oberlandesgericht Braunschweig	Kostenloses Angebot von Wasser im Wartebereich	vor 2003	fortlaufend		Erhöhter Komfort für Parteien, Zeugen und Rechtsanwälte, Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit
Oberlandesgericht Braunschweig	Kinderspielecke im Wartebereich	vor 2003	fortlaufend		Erhöhter Komfort für Parteien von insbes. familienrechtlichen Verfahren, Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit
Oberlandesgericht Braunschweig	barrierefreier Zugang mit Fahrstuhl	vor 2003	fortlaufend		Verbesserung der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit
Oberlandesgericht Braunschweig	Lesungen im Rahmen der Hermann-Hesse-Lesereihe „Farbe ist Leben“	2011	2011	2011	Kommunikation zwischen Gericht und Bürgerinnen und Bürgern
Amtsgericht Salzgitter	Internetauftritt	07/2004	07/2007	07/2007	Informationen für die Rechtssuchenden zur Verfügung stellen
Amtsgericht Seesen	Tag der offenen Tür	03/2007	07/2007	07/2007	Vorstellung des Amtsgerichts
Amtsgericht Seesen	Zwangsversteigerungstermine im Internet	8/2008	10/2008	Laufend	Ansprache von Bietinteressenten
Amtsgericht Wolfenbüttel	Neugestaltung des Eingangsbereich mit Empfangs- und Informationsbereich und Sicherheitschleuse,	Planungen seit 2012, Beginn Umsetzung Februar 2016	Voraussichtl. Mai 2016	Voraussichtl. Mai 2016	Bürgerfreundliche Empfangssituation, Erhöhung der Sicherheit, Verbesserung der Zugänglichkeit und Kommunikation durch persönlichen Empfang beim Betreten des Gerichts
Amtsgericht Wolfenbüttel	Wertfachanlage im Eingangsbereich, um Publikum eine Möglichkeit zur Aufbewahrung von Gegenständen während des Besuchs im Gericht zu geben	Planungen seit 2012, Beginn Umsetzung 02/2016	Voraussichtl. 05/2016	Voraussichtl. 05/2016	Bürgerfreundliche Empfangssituation, Erhöhung der Sicherheit

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
Amtsgericht Wolfenbüttel	Individuelle Terminabsprachen außerhalb der Sprechzeiten möglich	Seit 2004			Verbesserung der Erreichbarkeit und Kommunikation
Amtsgericht Wolfenbüttel	Erneuerung der Telefonanlage	Seit 2011	2013	2013	Verbesserung der Erreichbarkeit und Kommunikation
Amtsgericht Wolfenbüttel	Pflege des Internetauftritts	fortlaufend			Verbesserung der Zugänglichkeit und Kommunikation
Amtsgericht Wolfenbüttel	Hinwirken auf die Einrichtung von Behindertenparkplätzen auf Parkstreifen vor dem Gericht	2009	2011		Verbesserung der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit
Amtsgericht Wolfenbüttel	Möblierung der Wartezonen	2011	2013	2014	Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit
Amtsgericht Wolfenbüttel	Ausstattung der Dienstzimmer mit Publikumsverkehr mit Sitz- und Schreibgelegenheiten für Besucher	2009	Seit 2010	Fortlaufend zu aktualisieren	Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit
Amtsgericht Wolfenbüttel	Verbesserung der Flurbeleuchtung	2008	2012	2012	Verbesserung der Zugänglichkeit und Kommunikation sowie Barrierefreiheit und Sicherheit
Amtsgericht Wolfenbüttel	Vorhalten von Informationsbroschüren und Formularen an der Information, in den Wartezonen sowie im Internet	Fortlaufend			Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit
Amtsgericht Wolfenbüttel	Erneuerung der Beschilderung	2010	2011	2011	Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit durch Erleichterung der Orientierung im Gebäude
Amtsgericht Wolfenbüttel	Angebot der gerichtsnahen Mediation	2008	Seit 2008		Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit
Amtsgericht Wolfenbüttel	Kinderspielecke	2009	2010		Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit
Nds. MJ/ alle Gerichte des LG-Bezirks Göttingen	Internetauftritt	2005	2005		Verbesserung der Informationsmöglichkeit der Bürger mit ständiger Aktualisierung
Amtsgericht Osterode	Barrierefreiheit	vor 2013, Modernisierung 2014	2014		Schaffung einer behindertengerechten Toilette
Amtsgericht Duderstadt	Barrierefreies Justizgebäude	2000	2004	2004	Barrierefreier Zugang über den hinteren Teil des Gebäudes, behinderten gerechte Toilette

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
Amtsgericht Duderstadt	Barrierefreies Justizgebäude	2008	2009	2009	Einbau eines Treppenlifters
Land- und Amtsgericht Göttingen	Infoständer für die Mediation	Dauernd seit ??/2006			Werbung für gütliche Beilegung von Streitigkeiten
Land- und Amtsgericht Göttingen	Einrichtung kombinierter Raum für Zeugenschutz und kindgerechten Wartebereich	3/2005	8/2005	8/2005	Erleichterung der Strafprozessverhandlung für Zeugen
Nds. Justizministerium, Durchführung vor Ort: Landgericht Göttingen	Wanderausstellung „Neue Wege der Streitbeilegung“	Hier im Hause: 11/2008	5/2010	7/2010	Information der Gerichtsbesucher
Amtsgericht Braunschweig	Gründung/Aufbau des sogenannten Jugendrechtshauses	2006	6/2011	6/2011	Durch Gerichtsbesuche und Gespräche Schülerinnen und Schülern Rechtsbewusstsein und Justizpraxis zu vermitteln
Amtsgericht Braunschweig	Projekt „Recht erleben“	7/2011		noch laufend	Fortsetzung des „Jugendrechtshauses“
MJ/Amtsgericht Braunschweig	Ausstellung „Neue Wege der Streitbeilegung“	1/2009		8/2009	Abbau von Zugangshürden für Bürgerinnen und Bürger, Information über alternative Möglichkeiten der Konfliktlösung
MJ/AG Braunschweig	Bundesfachtagung Betreuungsrecht in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge	durchgeführte Tagungen in 2009 und 2011, geplant erneut für 2017		jeweils in dem selben Jahr des Beginns	Kommunikation zwischen Gerichten und interdisziplinären Fachvertretern, Netzwerkbildung einzelner amtsgerichtlicher Abteilungen
Amtsgericht Braunschweig	Einführungsveranstaltung Werdenfelser Weg	2012		7.11.2012	Kommunikation zwischen Gerichten und interdisziplinären Fachvertretern
Amtsgericht Braunschweig	Fortbildung für ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer, insbesondere im Verein für persönliche Hilfen	jährlich wiederkehrend		jeweils im selben Jahr	Abbau von Zugangshürden von Betreuerinnen und Betreuer sowie Kommunikation zwischen Gerichten und dem genannten Personenkreis
OLG Celle	Vortragsreihe	1946	laufend		Bürgernähe, Kommunikation mit Bürgerinnen/Bürger
OLG Celle	Amtsgerichte im Leistungsvergleich (AGiL)	2003	2010	2010	Qualitätsmanagement durch Benchmarking der Amtsgerichte (Zugänglichkeit und Kommunikation)

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
OLG Celle	Celler Justizkongress	3/2012	7/2012	8/2012	Verbesserung der Sicherheit in den Gerichten unter Aufrechterhaltung der Bürgernähe (Zugänglichkeit und Kommunikation)
OLG Celle	Landgerichte im Vergleich	1/2005	Dauert an		Qualitätsmanagement durch Benchmarking der Landgerichte (vorrangig Zugänglichkeit und Kommunikation)
OLG Celle	Qualitätsmanagement: Justizzentren	2/2012	Dauert an		Verbesserung der Erreichbarkeit, Effizienzsteigerung (Zugänglichkeit und Kommunikation)
OLG Celle	Oberlandesgerichte im Vergleich (OLiVe)	10/2005	Dauert an		Qualitätsmanagement durch Benchmarking der Oberlandesgerichte (vorrangig Zugänglichkeit und Kommunikation)
OLG Celle	Telefonzentrale der Justizbehörden Hannover	1/2009		3/2011	Verbesserung der Erreichbarkeit von AG, LG und StA Hannover (Zugänglichkeit und Kommunikation)
OLG Celle	Internetauftritt des OLG	März 2002	laufend	Daueraufgabe	Information über das Gericht und seinen Bezirk, die hiesige Rechtsprechung, Ausbildungs- und Einstellungsmöglichkeiten sowie sonstige Angebote der Justiz
Zentralstelle für amtliche Texte und Vordrucke (Vordruckstelle) bei dem Oberlandesgericht in Celle	Bereitstellung von Formularen und Hinweisblättern für Bürgerinnen und Bürger auf dem Justizportal des Landes Niedersachsen	vor 2007	laufend	laufend	Leichter Zugang für Bürgerinnen und Bürger zu Formularen, Anträgen und Hinweisblättern über das Internet
Zentralstelle für amtliche Texte und Vordrucke (Vordruckstelle) bei dem Oberlandesgericht in Celle	Bereitstellung von Übersetzungen von Hinweisblättern in diversen Fremdsprachen für Bürgerinnen und Bürger und Justizdienststellen	vor 2003	Fortlaufend nach Bedarf	Fortlaufend nach Bedarf	Vereinfachte Bereitstellung von standardisierten Texten und Hinweisblättern in häufig benötigten Fremdsprachen

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
Amtsgericht Achim	Versetzung des Nachtbriefkastens von der Hauswand (nur über Treppenstufen erreichbar) auf die Zuwegung vor dem Gebäude.			2011	Ausbau der Barrierefreiheit.
Amtsgericht Achim	Verlegung (und Schließung) der Nebenstelle II in das Gebäude der ehemaligen JVA (welches mit dem Hauptgebäude eine Einheit bildet).	2012			Neben diversen anderen Vorteilen auch eine wesentliche Verbesserung der Zugänglichkeit und der Barrierefreiheit.
Amtsgericht Bremerförde	Internetauftritt	13.09.2001	06.02.2003		Kommunikation
Amtsgericht Cuxhaven	Einrichtung Wegeleitsystem, „Infopoint“	05/2004		10/2004	Information der Bürger
Amtsgericht Cuxhaven	Internetauftritt	2003		08/2003	Information der Bürger
Amtsgericht Cuxhaven	Beschilderung Nebeneingang („Behinderteneingang“)			01/2005	Information der Bürger, Barrierefreiheit
Amtsgericht Cuxhaven	Tag der offenen Tür	2006		07/2006	Kommunikation zwischen Gericht und Bürgern
Amtsgericht Hameln	Einbau sog. Schrägaufzug (Verbindung Alt- und Neubau)	2006	2006	2006	Barrierefreiheit
Amtsgericht Hameln	Einbau einer behindertengerechten Toilette	2007	2007	2007	Barrierefreiheit
LAG / OLG Celle	Einrichtung eines Gerichtszentrums Arbeitsgericht und Amtsgericht Hameln	2008	2008	2008	Bürgernähe
Amtsgericht Hameln	Einbau Fahrstuhl im Altbau	2008	2008	2008	Barrierefreiheit
Amtsgericht Hameln	Ausbau der Info im Eingangsbereich/Umzug der Wachtmeisterei	2012	2012	2012	Bürgernähe
Amtsgericht Hannover	Bau eines Behindertenaufzugs im Altbau (Zugang von außen zum AG)	2006	2006		Barrierefreiheit
Amtsgericht Hannover	Bau eines weiteren Aufzugs im Altbau	2008	2008		Barrierefreiheit

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
Amtsgericht Hannover	Installation einer Aufrufanlage für die Zeugen- und Sachverständigenentschädigungsstelle unter Einrichtung eines weiteren Arbeitsplatzes	2009	2009		Verbesserung des Services für die Bürger
Amtsgericht Hannover	Installation eines Wartemarkenautomatens mit Sonderzugangsberechtigungsmarken für Menschen mit Beeinträchtigungen	2009	2009		Verbesserung des Services für die Bürger, insbesondere der Menschen mit Beeinträchtigungen
Amtsgericht Hannover	Einführung eines jährlich stattfindenden „runden Tisches“ im Bereich der Serviceeinheiten der Strafabteilung StA und AG zur Optimierung von Arbeitsprozessen	2012	laufend		Bürgerservice durch Optimierung der Arbeitsprozesse und Verbesserung des Verfahrensablaufs
Amtsgericht Hannover	Projekt „Bürgerarbeit“ (aus EU-Mitteln gefördertes Projekt zur direkten Verbesserung des Services für die Bürger)	01.03.2012	31.12.2014		Verbesserung des Services für die Bürger
Amtsgericht Hildesheim	Veröffentlichung der Durchwahlnummern der Fachabteilungen im Internet	01/2011	laufend	laufend	direkte Erreichbarkeit der Fachabteilungen
Amtsgericht Hildesheim	Wegeleitsystem	01/2005	laufend	laufend (ständige Erweiterung)	Begleitung des rechtsuchenden Publikums
Amtsgericht Hildesheim	Vergabe von Terminen (nicht Sitzungen) außerhalb der offiziellen Sprechzeiten	01/2010	laufend	laufend	Minimierung von Wartezeiten
Amtsgericht Hildesheim	Herausgabe von Broschüren in Betreuungssachen „Leichte Sprache“	01/2011 Mitte/2015	laufend laufend	laufend laufend	bessere Information der Beteiligten
Amtsgericht Lüneburg	Verlegung des Amtsgerichtsbriefkastens auf Bürgersteigniveau	Sommer/Herbst 2010	Dezember 2010	Dezember 2010	Verbesserung der Barrierefreiheit
Amtsgericht Peine	Teilweise barrierefreier Zugang	2003	2004	2004	Zugang zu einem Gerichtsgebäude für Rollstuhlfahrerinnen/-fahrer

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
Amtsgericht Stolzenau	Errichtung eines barrierefreien Neubaus inkl. Sitzungssäle	Anfang 2010	September 2011	September 2011	Schaffung von barrierefrei zugänglichen Sitzungssälen, Einbau einer behindertengerechten Toilette, Abbau von Zugangsbarrieren für die Öffentlichkeit
(Amtsgerichtsgebäude) Landgericht Bückeburg	Herstellung eines barrierefreien Zugangs zum 2. OG des Amtsgerichts über den Aufzug im Gebäude der Staatsanwaltschaft Bückeburg (mittels Herstellung einer Brücke)	07/2006	12/2006		Die Rechtsantragstelle sowie die Abteilungen für Nachlass- und Betreuungssachen können auf diesem Weg barrierefrei erreicht werden.
Landgericht Hildesheim	Errichtung einer (rollstuhlgerechten) Zugangsrampe vor dem Haupteingang	ca. 2005	ca. 2005		
Landgericht Hildesheim	Infopoint in der Sicherheitsschleuse Haupteingang; ständig Anwesenheit einer Auskunftsperson zu den Dienstzeiten	2008	05/2009	dauert an	Verbesserung der Auskünfte, auch bzgl. behindertengerechtem Zugang
Landgericht Hildesheim	Infopoint in der Sicherheitsschleuse Nebenstelle Bahnhofsallee 37; ständig Anwesenheit einer Auskunftsperson zu den Dienstzeiten	2013	03/2015	dauert an	Verbesserung der Auskünfte, auch bzgl. behinderten-gerechtem Zugang
Landgericht Lüneburg	Einbau eines Personen- und Lastenaufzugs	August 2008	April 2009	April 2009	Barrierefreiheit für gehbehinderte Bürgerinnen/Bürger im gesamten Gebäude
Landgericht Stade	Einbau eines Fahrstuhls im Gebäudeteil Wilhadikirchhof 1			ca. 2007	barrierefrei in alle Stockwerke
Landgericht Stade	Rufanlage zum Einlass von Rollstuhlfahrern/ Bürgern mit Kinderwagen				barrierefrei in alle Stockwerke
Landgericht Stade	Infopoint zur Leitung der Bürger im Haus			ca. 2005	Zentrale Auskunftsstelle im Eingangsbereich mit großem Bildschirm (Information der Saalbelegung)
Landgericht Stade	Einrichtung einer Homepage		ca. 2004/2005		
OLG Oldenburg/ Landgericht Osnabrück	Fortbildung Telefontraining			März 2015 März 2016	Bürgerfreundliches Auftreten

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
Landgericht Osnabrück	Internetauftritt	2004	Januar 2005	Januar 2005	Information der Bürgerinnen und Bürger; Darstellung der Aufgaben der Justiz
Landgericht Osnabrück	Innerörtliche Ausschilderung zu den Justizbehörden	2003	2004	2004	Bessere Erreichbarkeit des Gerichts
Landgericht Osnabrück	Anbringung eines Flachbildschirms in der Eingangshalle, auf dem alle Sitzungen angezeigt werden	2005	2006	2006	Information
Landgericht Osnabrück	Behindertengerechte Erschließung	2002	April 2003	April 2003	Behindertengerechte Erschließung
Amtsgericht Osnabrück	Internetauftritt	2004	01/2005	01/2005	Information der Bürgerinnen und Bürger; Darstellung der Aufgaben der Justiz
Amtsgericht Osnabrück	Justizservice	01/2013	03/2014	Projekt läuft weiterhin	Zentrale und serviceorientierte Bedienung des rechtssuchenden Publikums
Landgericht Aurich	Barrierefreier Zugang zum Gericht nebst Aufzug und behindertengerechte Toilette	2010	Frühjahr 2011	Frühjahr 2011	Barrierefreiheit
Landgericht Oldenburg	Internetauftritt: regelmäßige Aktualisierung				
Amtsgericht Brake	Neugestaltung des Seiteneingangs	Kurzfristig nicht zu verifizieren	2015	2015	Zugänglichkeit des Gerichts / Barrierefreiheit
Amtsgericht Delmenhorst	Einbau Fahrstuhl	November 2008	März 2010	März 2010	Verbesserung Zugang für Bürger (Zugänglichkeit und Barrierefreiheit)
Amtsgericht Delmenhorst	Umstellung Internetauftritt	2009	2010	2010	Verbesserung Informationen der Bürger
Amtsgericht Nordenham	Einrichtung einer Homepage	02/2009	ständige Aktualisierung	07/2009	Information/ Bürgernähe
Amtsgericht Nordenham	Tag der offenen Tür	07/2012	04/2013	04/2013	Information/ Bürgernähe/ Kommunikation
Amtsgericht Nordenham	Sensibilisierung aller Mitarbeiter	unbekannt	Ständige Aufklärung		Bürgernähe verbesserte Kommunikation
Amtsgericht Varel	Behinderteneingang	2007	2007		Barrierefreiheit
Amtsgericht Varel	Behindertentoilette	2007	2007		Barrierefreiheit
Amtsgericht Varel	Fahrstuhleinbau	2007	2007		Barrierefreiheit
Amtsgericht Varel	Flurbeleuchtung	2012	2012		Barrierefreiheit

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
Amtsgericht Wilhelmshaven	Erneuerung der Telefonanlage mit diversen modernen Funktionen (z. B. Voice-mail etc.)	Sommer 2009	November 2009	dito	Erreichbarkeit und Info-Fluss verbessern; Anpassung an zeitgemäße Komm.-technik
Amtsgericht Wilhelmshaven	Infoabend für Bürger/-innen zum Betreuungsrecht und zu Vorsorgevollmachten	November 2011	November 2011	dito	Information, Abbau von Schwellenängsten
Amtsgericht Wildeshausen	Einführung von Nachmittags-sprechstunden	2003	2003	2003	Erreichbarkeit, Außenwirkung
Amtsgericht Wildeshausen	Kooperatives Wildeshauser Familienverfahren: Arbeitskreis im Familienrecht	2009 Veröffentlicht auf Internetseite 10/2010	2009	2009	Stärkung aller am Familienverf. beteiligten Professionen
Amtsgericht Lingen	Abbau von Zugangshürden für Bürgerinnen und Bürger (Einbau von 2 Personenaufzügen, Umgestaltung des Eingangsbereichs).	2002	2004	2004	Barrierefreier Zugang zum Gericht.
Amtsgericht Lingen	Internet- und Intranetauftritt	2004/2005	2004/2005	2004/2005	Öffentlichkeitsarbeit
Amtsgericht Lingen	Behindertengerechte Toiletten	2002	2004	2004	
Amtsgericht Meppen	Rollstuhlgerechte Rampe im Eingangsbereich			ca. 2008/2009	
Amtsgericht Meppen/	Behindertengerechte Toiletten im Sitzungssaalbereich			ca. 2007	
Amtsgericht Meppen	Verbesserung der Kontaktbereiche Wachtmeisterei - Publikumsbereich (Gegensprech-anlage)			ca. 2009	
Amtsgericht Meppen	Wegbeschreibung im Internet				
Amtsgericht Meppen	Überarbeitung Homepage; Formular sollen ergänzt und zur Verfügung gestellt werden			ca. 2016	
Amtsgericht Nordhorn	Portable Rampe im Sitzungssaal für Rollstuhlfahrer zu Erreichbarkeit des Richtertisches			2005	
Amtsgericht Nordhorn	Behindertengerechter Eingang			2015	

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
Amtsgericht Nordhorn	Hinweise auf Parkplätze/Wegbeschreibung auf Internetseite			11/2004	
Amtsgericht Nordhorn	Bereitstellung von Formularen im Internet			11/2004	
Amtsgericht Nordhorn	Barrierefreiheit seit Erbauung 1985 vorhanden				
Amtsgericht Nordhorn	Behindertenparkplatz seit 1985 vorhanden				

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
GenStA Celle – Umsetzung durch Staatsanwaltschaft Bückeburg	Internetauftritt (s.a. GenStA Celle)	10/2006		fortlaufend	Information und Service für die Bürger – Abbau von Hemmschwellen
Staatsanwaltschaft Bückeburg	Einzug in neue Diensträume (ehem. Orangerie); u. a. mit Schaffung eines barrierefreien Zugangs zur Behörde	06/2006	11/2006	12/2006	Besserer, behindertenfreundlicher Zugang zur Behörde; freundlichere Atmosphäre; Erhöhung der Sicherheit der Mitarbeiter/-innen und Besucher/-innen
MJ; Umsetzung vor Ort durch Staatsanwaltschaft	Netzwerkaktivitäten: - häusl. Gewalt - BISS			fortlaufend	Unterstützung von Opfern; Aufklärungsarbeit
MJ; Umsetzung vor Ort durch Staatsanwaltschaft	Bereitstellung AKA für Vorstand Opferhilfe	03/2002		12/2015	Unterstützung der Opferhilfe Niedersachsen
MJ; Umsetzung vor Ort durch Staatsanwaltschaft	Zollauktion	06/2009		fortlaufend	Verwertung von eingezogenen Gegenständen im Rahmen einer für den Bürger interessanten und preiswerten Verkaufsplattform; Abbau von Hemmschwellen
GenStA Celle	Gemeinsamer Internetauftritt der niedersächsischen Staatsanwaltschaften und Generalstaatsanwaltschaften (s.a. GenStA Celle)	04/2007	02/2008	Fortlaufendes Projekt	Einheitlicher Internetauftritt der Staatsanwaltschaften

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
Staatsanwaltschaft Stade	Internetauftritt (u. a. Angabe von Sprechzeiten und der E-Mail-Erreichbarkeit)	nach 2003	dauert an	dauert an	Bürgernähe
Staatsanwaltschaft Stade	Hospitationen, Praktika und Teilnahme am Zukunftstag für Schüler und Studenten	fortlaufend	dauert an	dauert an	Bürgernähe, Nachwuchsgewinnung
Staatsanwaltschaft / Amtsgericht Verden	Umbau des Eingangsbereichs mit Info-Punkt	05/2006	04/2007	10/2007	Besserer Zugang zum Info-Punkt; freundlichere Atmosphäre; Erhöhung der Sicherheit der Mitarbeiter/-innen und Besucher/-innen
Staatsanwaltschaft und Landgericht Verden	Tag der offenen Tür	10/2012		08/2013	Darstellung der Justiz und der zusammenarbeitenden Behörden in der Öffentlichkeit - Abbau von Hemmschwellen
GenStA Celle - Umsetzung durch Staatsanwaltschaft Verden	Internetauftritt (s. a. GenStA Celle)	10/2006		fortlaufend	Information und Service für die Bürger - Abbau von Hemmschwellen
MJ - Umsetzung vor Ort durch Staatsanwaltschaft	Netzwerkaktivitäten häusliche Gewalt BISS			fortlaufend	Unterstützung von Opfern; Aufklärungsarbeit
MJ - Umsetzung vor Ort durch Staatsanwaltschaft	Bereitstellung AKA für Vorstand Opferhilfe	03/2002		12/2015	Unterstützung der Opferhilfe Niedersachsen
MJ - Umsetzung vor Ort durch Staatsanwaltschaft	Zollauktion	09/2005		Fortlaufend	Verwertung von eingezogenen Gegenständen i. R. einer für den Bürger interessanten und preiswerten Verkaufsplattform; Abbau von Hemmschwellen
Generalstaatsanwaltschaften Braunschweig, Celle und Oldenburg	Gemeinsamer Internetauftritt der Staatsanwaltschaften und Generalstaatsanwaltschaften	02/2005		fortlaufend	Einheitlicher Internetauftritt; Informationen für Bürger
Generalstaatsanwaltschaften Braunschweig, Celle und Oldenburg	Fortbildung „Schriftsprache“ für Staatsanwälte/-innen	01/2007		fortlaufend	Steigerung der sprachlichen Qualität insbesondere von Einstellungsbescheiden zur Steigerung der Akzeptanz entsprechender Entscheidungen

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
GenStA Braunschweig	Fortbildung für Schriftsprache	Februar 2007	dauert an	dauert an	Bessere Verständlichkeit staatsanwaltschaftlicher Bescheide für Bürgerinnen und Bürger
GenStA Braunschweig	Intervision: Kollegiale Beobachtung und Beratung in der Hauptverhandlung	Februar 2007	dauert an	dauert an	u. a. für Bürgerinnen und Bürger verständliches Auftreten der Staatsanwaltschaft in der Hauptverhandlung
GenStA Braunschweig	Fortbildung für den Umgang mit schwierigen Personen	Etwa seit 2007	dauert an	dauert an	Angemessener Umgang mit schwierigen Bürgerinnen und Bürgern
Staatsanwaltschaft Braunschweig und Staatsanwaltschaft Göttingen	Mitwirkung in kommunalen Präventionsräten	Etwa seit 2001	dauert an	dauert an	Besserer Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Straftaten
Staatsanwaltschaft Braunschweig und Staatsanwaltschaft Göttingen	Mitwirkung im Regionalvorstand der Stiftung Opferhilfe Niedersachsen	Etwa seit 2002	dauert an	dauert an	Schutz und Hilfe für Bürgerinnen und Bürger, die Opfer von Straftaten geworden sind
Staatsanwaltschaft Oldenburg	Erneuerung des Wegeleitsystems in den beiden Dienstgebäuden der Behörde.	9/2005		9/2005	Verbesserung der Orientierungsmöglichkeiten der Besucher der Behörde
Landesarbeitsgericht Niedersachsen	Eigene Homepage	Ab 2006			Mehr Transparenz
Landesarbeitsgericht Niedersachsen	Einbau eines Schrägaufzugs	Seit 1999			Barrierefreiheit
Landesarbeitsgericht Niedersachsen	Einbau eines behindertengerechten WCs	2012			Barrierefreiheit
Landesarbeitsgericht Niedersachsen	Blindengerechte Beschilderung	2012			Barrierefreiheit
Landesarbeitsgericht Niedersachsen	Gestaltung von Informationsbroschüren zur Mediation, Einrichtung von Mediationssitzungssälen	Etwa 2010			Bürgerservice
Arbeitsgericht Nienburg	Klagevordrucke und Informationsblätter liegen aus	2011			Bessere Erreichbarkeit durch Hilfesuchendes Publikum auch außerhalb der Öffnungszeiten

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen	Landesweit zuständige zentrale Anlaufstelle nach der ZMV	5/2007	5/2007	6/2007	Einrichtung und Betrieb einer landesweit zuständigen zentralen Anlaufstelle nach der ZMV beim Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen
Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen	Umbau der Hausmeisterdienstwohnung zu Arbeitsräumen, Schaffung einer Rechtsantragstelle im Eingangsbereich	2009	2009	2010	Barrierefreiheit, Sicherheit
Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen	Umbau und Modernisierung des Sitzungssaals Raum 129	2004/2009/2014	2014	4/2014	u. a. Barrierefreiheit (Entfernung eines Podests, Hörschleife)
Sozialgericht Aurich	Umbau des Nebengebäudes und Umnutzung als ausschließlich für die Öffentlichkeit zugängliches Hauptgebäude. Im Zuge dieser Maßnahmen Herstellung von Barrierefreiheit hinsichtlich WC-Anlage, Beschilderung, Nachtbriefkasten	4/2010	12/2010	1/2011	u. a. Barrierefreiheit
Sozialgericht Braunschweig	Einrichtung eines Fachgerichtszentrums mit dem Verwaltungsgericht	2006	2006	2006	u. a. Barrierefreiheit
Sozialgericht Lüneburg	Einrichtung eines Fachgerichtszentrums mit dem Verwaltungsgericht	2009	11/2010	1/2011	u. a. Barrierefreiheit
Sozialgericht Osnabrück	Einrichtung eines Fachgerichtszentrums mit Arbeitsgericht und Verwaltungsgericht	6/2010	7/2012	7/2012	u. a. Barrierefreiheit
sämtliche Verwaltungsgerichte und Nds. Oberverwaltungsgericht	Internetauftritt	n.b.	kein förmlicher Abschluss, laufende Aktualisierung; seit 2016 einem eigenen Referat zugeordnet	kein förmlicher Abschluss, soll laufend aktualisiert werden	Bereitstellung von bürgerrelevanten Informationen über die Verwaltungsgerichtsbarkeit und Hinweise zur Inanspruchnahme der Verwaltungsgerichte; Informationen zu Verfahrensabläufen; Benennung von Ansprechpartnern, auch für Menschen mit Behinderungen
Nds. Oberverwaltungsgericht	Jährliche Geschäftsberichte	2000	fortlaufend	wird fortgeführt	Unterrichtung der Öffentlichkeit. Jahrespressekonferenz für die Medien

Nds. Oberverwaltungsgericht	Kundenbefragung	2006	2006	2007	Feststellung der möglichen Verbesserungsoptionen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren aus der Sicht der Kunden
Nds. Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte	VERGIL - Verwaltungsgerichte im Landesvergleich	2009	2011	überwiegend 2012, einzelne Erkenntnisse fließen fortlaufend in die Organisation der Schnittstelle Bürger/Verwaltungsgericht ein	Untersuchung der Verbesserung der Geschäftsabläufe pp. zur Beschleunigung der Verfahren/Sicherstellung der Erreichbarkeit pp.
Nds. Finanzgericht	Einbau einer Behindertenrampe	Juni 2005	Oktober 2005	Oktober 2005	Verbesserung des Zugangs zum Dienstgebäude für mobilitätseingeschränkte Besucherinnen/Besucher
Nds. Finanzgericht	Einbau einer behindertengerechten WC-Anlage	Juni 2005	Oktober 2005	Oktober 2005	Verbesserung der Barrierefreiheit im Dienstgebäude

Anlage 2 (zu Frage 3)

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
MJ ÖA	Internet – Vorlesesoftware „Read-Speaker“	Mai 2013	August 2013	Die Vorlesesoftware wird noch immer im Internet angeboten	Erleichterung für Nutzer des Internet-Angebots des MJ, besonders für Menschen mit Behinderungen
MJ 102	Einführung des Programmes TextLab zur Verbesserung der Verständlichkeit von Texten	März 2014		Im 4. Quartal 2016	MJ will die Verständlichkeit von Rechtstexten in der niedersächsischen Justiz verbessern. Zu diesem Zweck ist das Programm TextLab von der Firma H&H CommunicationLab GmbH beschafft worden. TextLab analysiert Texte - auf wissenschaftlicher Basis - auf Verständlichkeit, Terminologie und Sprachstil. Es deckt Schwachstellen in den Texten auf, liefert Hinweise zu deren Optimierung und bietet Unterstützung bei der Verbesserung der Texte an. TextLab wird auf allen Arbeitsplätzen der niedersächsischen Justiz zum Einsatz kommen.
MJ 102	Übersetzung von justizbezogenen Texten in Leichte Sprache	August 2013		voraussichtlich 06/2016	Exemplarische Übersetzung von Informationsbroschüren, Formularen und des Internet-Auftritts des MJ in Leichte Sprache im Rahmen eines Pilotprojekts mit der Universität Hildesheim Entwickelt wurden folgende Texte a) Broschüre „vererben · erben“ b) Broschüre „Vorsorgevollmacht ...“ c) Formular „Zeugenladung in Strafsachen vor dem Amtsgericht“ d) Ausfüllhilfe zum Formular „Anregung zur Einrichtung einer Betreuung“ e) Internet-Auftritt „Justiz verstehen“ f) Ausfüllhilfe zum Formular „Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei Prozeß- und Verfahrenskostenhilfe“ (letztenanntes Vorhaben läuft noch)
MJ 102	Fachgerichtszentrum Hannover - Beirat Barrierefreiheit	2013	7/2015		In der Bauphase des Fachgerichtszentrums wurde ein Beirat Barrierefreiheit eingerichtet. Etwa 80 % der Vorschläge des Beirats konnten umgesetzt werden.

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
MJ 102 und 106	Einrichtung von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern für Inklusion	Sommer 2013	12/2015	03/2016 (Ernen- nung am 17.03.2016)	MJ hat 15 Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner Inklusion für die Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und die Staatsanwaltschaften eingerichtet. Sie unterstützen die Justiz-Dienststellen insbesondere bei Fragen zum Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern mit Behinderungen sowie bei Beschaffungen im Rahmen der Barrierefreiheit.
MJ 102	Pilotgerichte Barrierefreiheit	2013	6/2016		Im Rahmen der Arbeitsgruppe Barrierefreiheit werden insgesamt 11 Gerichte unter dem Aspekt Barrierefreiheit besichtigt und beraten.
MJ 102	Handreichung „Auf dem Weg zum barrierefreien Justizgebäude“	10/2015	3/2016	3/2016	Unterstützung für Dienststellen der Justiz mit Vorschlägen zu überwiegend einfach umzusetzenden Maßnahmen, die der Herstellung von Barrierefreiheit dienen.
MJ 102	Modellprojekt Südniedersachsen	April 2015	Frühjahr 2017		Einrichtung von Gerichtstagen und des Angebots der Rechtsantragsstelle des Sozialgerichts Hildesheim im Amtsgericht Göttingen
MJ 203	Handreichung u. a. zur Werbung und Unterstützung rechtlicher ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer	Juli 2015	März 2016	Verteilung des Materials im April 2016	Die ausführliche Handreichung, die auch online abrufbar ist, soll ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer bei ihrer Tätigkeit unterstützen. Sie finden darin alle wesentlichen Informationen über rechtliche Betreuung und ihre konkreten Aufgaben, dazu umfangreiche Formularbeispiele und Musterschreiben. Mit den Plakaten und Flyern sollen Bürgerinnen und Bürger zur Übernahme des Ehrenamtes motiviert und über die möglichen Aufgaben sowie Anlaufadressen informiert werden.
MJ 403	Online-Beratung der Stiftung Opferhilfe Niedersachsen	03/2014 Ergebnis einer Zukunftswerkstatt	11/2015 Startschuss der Online-Beratung	Keine zeitliche Begrenzung	Opfern von Straftaten (insbesondere Jugendlichen) einen unkomplizierten, schnellen und anonymen Weg der Kontaktaufnahme über die elektronischen Medien bieten (durch Zugang auf Website der Stiftung Opferhilfe Niedersachsen)
AJSD Leitung	Festlegung von einheitlichen Servicezeiten an allen Standorten	11/2013	2/2014	3/2014	Zuverlässige Erreichbarkeit des AJSD landesweit an allen Standorten für Klientinnen und Klienten sowie Besucherinnen und Besucher, Auftraggeber und Kooperationspartner

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
ZIB für MJ, Ref. 102	Technische Ausstattung eines Fachgerichtszentrums in Hannover	Für den ZIB: 2015	III Q/2015	III Q/2015	u. a. bessere Erreichbarkeit der Fachgerichte durch Zentralisierung
AJSD Leitung	Entwicklung eines Anforderungs- bzw. Kriterienkatalogs für Liegenschaften einschl. Barrierefreiheit	2014	2015		Für die Suche und die Planung von neuen Liegenschaften ist ein barrierefreier Zugang zu berücksichtigen.
Landgericht Braunschweig	Zeugenwarteraum mit Kinderspielecke und Wickeltisch	2014	Dauerndes Angebot	2014	Angebot einer Rückzugsmöglichkeit für Eltern mit Kindern/Zeugen
Landgericht Braunschweig	Zeugenwarteraum mit Kinderspielecke und Wickeltisch	2014	Dauerndes Angebot	2014	Angebot einer Rückzugsmöglichkeit für Eltern mit Kindern/Zeugen
Amtsgericht Goslar	Schaffung eines Service-Points im Eingangsbereich	01/2016	Noch nicht bekannt	Noch nicht bekannt	Erhöhung der Bürgerfreundlichkeit und Sicherheit im Gebäude.
Amtsgericht Goslar	Beantwortung von E-Mail-Anfragen (kein elektronischer Rechtsverkehr)	12/2015	ohne	03/2016	E-Mail-Anfragen werden von der Poststelle automatisch beantwortet und der Geschäftsleitung z. w. Bearbeitung vorgelegt.
Amtsgericht Goslar	Optimierung des Internetauftritts	11/2015	02/2016		Der Internetauftritt soll für Menschen mit Behinderung besser verständlich und zielführender sein
Amtsgericht Goslar	Planung und eventuelle Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Haus I	12/2013	Noch nicht bekannt	Noch nicht bekannt	Möglichkeit des barrierefreien Zugangs zum Haus I
Amtsgericht Wolfenbüttel	Schaffung eines behindertengerechten WCs	Planungen seit 2015, Beginn Umsetzung Februar 2016	Voraussichtl. 05/2016	Voraussichtl. 05/2016	Verbesserung der Barrierefreiheit, Verbesserung der Zugänglichkeit
Amtsgericht Wolfenbüttel	Schaffung eines für Rollstuhlfahrer erreichbaren Briefkastens	Planungen 11/2015, Beginn Umsetzung 02/2016	03/2016	03/2016	Verbesserung der Barrierefreiheit, Verbesserung der Zugänglichkeit und Kommunikation
Amtsgericht Wolfenbüttel	Beschriftung des Briefkastens mit Brailleschrift	Planungen 11/2015, Beginn Umsetzung 02/2016	03/2016	03/2016	Verbesserung der Barrierefreiheit, Verbesserung der Zugänglichkeit und Kommunikation
Amtsgericht Wolfenbüttel	Rufsäule für Rollstuhlfahrer		2014	2014	Verbesserung der Barrierefreiheit, Verbesserung der Zugänglichkeit und Kommunikation
Amtsgericht Wolfenbüttel	Anschaffung eines Transportrollstuhls	2014	2014	2014	Verbesserung der Barrierefreiheit Verbesserung der Zugänglichkeit

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
Amtsgericht Wolfenbüttel	Anschaffung einer mobilen Rampe, um Stufen zum Sitzungssaal mit Rollstuhl überwinden zu können	2014	2014	2014	Verbesserung der Barrierefreiheit, Verbesserung der Zugänglichkeit
Amtsgericht Wolfenbüttel	Beseitigung von Schwellen	2015	2015	2015	Verbesserung der Barrierefreiheit, Verbesserung der Zugänglichkeit
Amtsgericht Wolfsburg	Internetauftritt	September 2015	Januar 2016 (redaktionell)	Mai 2016	Bürgerfreundlicher Internetauftritt
Amtsgericht Göttingen	Bürgerservice Amtsgericht Göttingen	05/2015	04/2017	04/2017	Einrichtung eines zentralen Bürgerservices für Anträge und Auskünfte im Amtsgericht Göttingen
Amtsgericht Göttingen (Modellprojekt Südniedersachsen, Projekt der Landesregierung, Mitwirkung des SG Hildesheim und des AG Göttingen)	Sozialgerichtstage	07/2015	04/2016	04/2016	Das Sozialgericht Hildesheim tagt im Rahmen einer Pilotierung einmal wöchentlich in den Räumen des Amtsgerichts Göttingen. An den entsprechenden Tagen ist auch eine Rechtsantragstelle des Sozialgerichts eingerichtet.
Amtsgericht Braunschweig	Bürgernahe Justiz/Moot Court beim Amtsgericht Braunschweig	2/2016	geplant: 12/2016	soll dauerhaft laufen	Abbau von Zugangshürden von Bürgerinnen und Bürgern sowie Kommunikation zwischen Gericht und Bürgerinnen und Bürgern
Amtsgericht Göttingen	Infotafeln zu den Themen Betreuung- und Nachlassrecht	Dauernd seit 4/2014			Information der Gerichtsbesucher
Amtsgericht Braunschweig	Erneuerung der Einrichtung eines Zimmers für Kindesanhörungen in Zusammenarbeit mit der Ostfalia Wolfenbüttel	3/2015	8/2015	11/2015	Abbau von Zugangshürden für Bürgerinnen und Bürgern
OLG Celle	Inklusion	10/2013	Dauert an		Abbau von Barrieren für Menschen mit Behinderungen (Barrierefreiheit)
OLG Celle	Kooperation der AGe Alfeld und Elze	5/2015	Dauert an		Gegenseitige Unterstützung im Vertretungsfall (Zugänglichkeit und Kommunikation)
OLG Celle	Saalmanagement im LG Verden	9/2013	6/2014	6/2014	Verbesserung der Übersichtlichkeit der Saalbelegung (Zugänglichkeit und Kommunikation)
OLG Celle	Handbuch Rechtsantragsstelle	12/2015	dauert an		Professionalisierung der Rechtsantragstellen (Zugänglichkeit, Kommunikation und Internetauftritt)

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
OLG Celle	Spiel- und Wartezimmer für Kinder vor den Gerichtssälen für Familiensachen	2015	2016	2016	Abbau von Barrieren für kindliche Verfahrensteilnehmerinnen und -teilnehmer
Amtsgericht Alfeld	Überarbeitung des Internetauftritts	Quartal 2015	Quartal 2015	Quartal 2015	verbesserte telefonische Erreichbarkeit
Amtsgericht Alfeld	Barrierefreiheit	bislang keine Mittelbewilligung		----	----
Amtsgericht Elze	Barrierefreiheit im Amtsgericht Elze	März 2015	voraussichtlich 2. Quartal 2016	n. b.	Es soll zumindest eine teilweise Barrierefreiheit für das Erdgeschoss hergestellt werden. In 2017 soll möglichst ein Behinderten-WC installiert werden. Eine vollständige Barrierefreiheit wird im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel angestrebt.
Amtsgericht Elze	Internetauftritt des Amtsgerichts Elze	Februar 2016		eventuell Dezember 2016; Fortführung in Folgejahren	Der Internetauftritt des Amtsgerichts Elze soll erweitert werden. Geplant ist, dass weitreichendere Informationen, auch in Leichter Sprache, für die Bürger zur Verfügung gestellt werden.
Amtsgericht Elze	Bürgerservice	März 2016		nicht absehbar	Die Abläufe im Amtsgericht Elze sollen noch bürgerfreundlicher gestaltet werden.
Amtsgericht Hannover	Einbau eines weiteren Aufzugs im Erweiterungsbau des Amtsgerichts	2016	2016		Verbesserung des Services für die Bürger; Barrierefreiheit
Amtsgericht Hannover	Umrüstung von 5 Flurtüren mit Türoberschließern, die über einen Bewegungsmelder selbstständig öffnen und schließen	2015	2015		Barrierefreiheit
Amtsgericht Hannover	Überprüfung und Optimierung des Wegeleitsystem im Alt- und Erweiterungsbau	2015	2015		Verbesserung des Services für die Bürger
Amtsgericht Hildesheim	Einrichtung von Anrufbeantwortern/ Rufumleitung	01/2014	laufend	laufend	Verbesserung des Services für die Bürger
Amtsgericht Hildesheim	Einrichtung eines „Justizservice“	01/2015	laufend	laufend	bessere Erreichbarkeit und Information, Konzentration des Publikumsverkehrs
Amtsgericht Lüneburg	Erstellung einer Rollstuhlrampe an einem Nebenausgang	Herbst 2014	Dezember 2014	Dezember 2014	Verbesserung der Barrierefreiheit
Amtsgericht Lüneburg	Homepage um serviceorientierte Informationen erweitern	laufend			Information der Bürger; Abbau von Hemmschwellen

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
Amtsgericht Soltau	Einbau eines Aufzugs im Hauptgebäude des Amtsgerichts	voraussichtlich Juni 2016	voraussichtlich April/Mai 2017	voraussichtlich April/Mai 2017	Barrierefreiheit für gehbehinderte Bürgerinnen/Bürger im gesamten Hauptgebäude
Amtsgericht Stade	„Bürgerbüro“	02/2015 (Beginn der Planung)		12/2015 (Einrichtung und Start)	Verbesserung des Services für die Bürger
Amtsgericht Stadthagen	Überarbeitung Internetseite	1/16	3/16	4/16	Umfassendere Auskünfte
Amtsgericht Stadthagen	Barrierefreiheit	3/15	9/15	Voraussichtlich Ende 2017	Herstellung barrierefreier Zugang
Amtsgericht Stadthagen	Neue Telefonanlage	4/14	7/14	9/15 -3/16	Besprechung der Anrufbeantworter jedes Mitarbeiters mit mindestens Hinweis auf Erreichbarkeit
Amtsgericht Stadthagen	Öffnungszeiten	3/15	1/16	4/16	Neben allgemeiner Sprechzeiten Termine nach Vereinbarung = schnellere Sachbearbeitung
Amtsgericht Stadthagen	Grundbuch Supervision	03/15	05/15	06/15	Rückstandsabbau
Amtsgericht Stadthagen	Hospitation Bürgerbüro	01/16		2017	Überprüfung der Umstrukturierung durch zentrale Anlaufstelle
Amtsgericht Stadthagen	Mediation	11/16			Aufklärungsarbeit, erhöhte Akzeptanz und Inanspruchnahme
Amtsgericht Stadthagen	Workshop Schiedsleute	8/15	2/16	4/16	Erstellung von vollstreckbarem Inhalt der Titel; Erhöhung der Akzeptanz in der Bevölkerung
(Amtsgerichtsgebäude) Landgericht Bückeburg	Einbau einer behindertengerechten Toilettenanlage nebst Wickeltisch	03/2015	2016??		Barrierefreier Zugang zu Sanitäranlagen für Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer
Landgericht Hildesheim	Einrichtung behindertengerechter Toiletten im Justizzentrum	2015	2016		Barrierefreiheit
Landgericht Hildesheim	Vorhalt von kostenlosen Trinkwasserspendern vor den Sitzungssälen		laufend		Bürgerfreundlichkeit
Landgericht Hildesheim	Vorhalt eines behördeneigenen Rollstuhls für Kranke/Gehbehinderte		laufend		Barrierefreiheit
Landgericht Hildesheim	Einrichtung und Unterhalt zweier öffentlich zugänglicher Internetterminals im Eingangsbereich des Justizzentrums		laufend		Bürgerfreundlichkeit
Landgericht Hildesheim	laufende Überarbeitung und Aktualisierung der Internetpräsenz des Landgerichts		laufend		Information der Bürger

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
Landgericht Hildesheim	Einrichtung von Wartezonen für Zeugen	2016	2016		Bürgerfreundlichkeit
Landgericht Lüneburg	Justiz im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern „... und was ist mit meinen Rechten? Opferschutz versus Unschuldsvermutung“	August 2014	20.11.2014	20.11.2014	Information der Bürger; Abbau von Hemmschwellen
Landgericht Lüneburg	2-tägige Fortbildungsveranstaltung „Interkulturelle Kompetenz“ (Bezirk; dienstgruppenübergreifend)	März 2015	Juni 2015 und Oktober 2015	Juni 2015 und Oktober 2015	Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für kulturelle Kommunikationsunterschiede
Landgericht Lüneburg	Erweiterung der Homepage um serviceorientierte Informationen Einstellung des Urteils gegen Oskar G. (Auschwitz-Verfahren)	Laufend			Information der Bürger; Abbau von Hemmschwellen
Landgericht Stade	Behinderten-Parkplatz vor dem Haupteingang		Herbst 2015		
Landgericht Stade	Einrichtung eines Sitzungssaals und eines Mediationsraumes nach Übernahme der JVA	2013	2014/2015		Barrierefreier Zugang zur besseren Erreichbarkeit der Säle
Landgericht Stade	Einrichtung zweier Sitzungssäle im Schwurgerichtsgebäude	2013	2017		Barrierefreier Zugang zur besseren Erreichbarkeit der Säle
Landgericht Stade	Einrichtung eines Bürgerbüros gemeinsam mit dem Amtsgericht Stade	2014	Dezember 2015		Zentrale Anlaufstelle des rechtsuchenden Bürgers und sofortige Aufnahme aller Anträge. Der Bürger muss nicht mehr durch das ganze Gebäude zu anderen Anlaufstellen.
OLG Oldenburg/ Landgericht Osnabrück	Fortbildung Telefontraining			März 2015 März 2016	Bürgerfreundliches Auftreten
Amtsgericht Aurich	Einbau eines Fahrstuhls am Dienstgebäude des Amtsgerichts Aurich	05/2013	2. – 3. Quartal 2016	2. – 3. Quartal 2016	Barrierefreier Zugang zu den Gerichtssälen im 1. OG
Amtsgericht Aurich	Internetauftritt	09/2014	Vorhaben ist ständigem Wandel und Aktualisierungen unterworfen	Vorhaben ist ständigem Wandel und Aktualisierungen unterworfen	Bürgerfreundliche Präsentation des Internetangebotes der nds. Justiz

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
Landgericht Aurich	Internetauftritt		Regelmäßige Aktualisierungen notwendig	Regelmäßige Aktualisierungen notwendig	Information der Bürgerinnen/Bürger
Landgericht Oldenburg	Fahrstuhl	Im angesprochenen Zeitraum. Eine genauere Angabe ist wegen der Kürze der Berichtsfrist und der Ferienzeit nicht möglich			Zugänglichkeit des Gerichts/Barrierefreiheit
Landgericht Oldenburg	Behindertentoilette	s. o.			Zugänglichkeit des Gerichts/Barrierefreiheit
Landgericht Oldenburg	Internetauftritt: regelmäßige Aktualisierung				
Amtsgericht Brake	Neugestaltung des Seiteneingangs	Kurzfristig nicht zu verifizieren	2015	2015	Zugänglichkeit des Gerichts/Barrierefreiheit
Amtsgericht Delmenhorst	Umbau Informationstafel	September 2014	Dezember 2014	Dezember 2014	Verbesserung Bürgerinformation
Amtsgericht Delmenhorst	Zusätzliche Informationsbretter	Januar 2016	März 2016	März 2016	Verbesserung Bürgerinformation
Amtsgericht Nordenham	Nutzung der Texte Leichte Sprache	03/2015	Ständige Aktualisierung		Verbesserte Kommunikation
Amtsgericht Varel	Beschilderung	2015	2015		Barrierefreiheit
Amtsgericht Wilhelms- haven	Infoveranstaltung für eine „Flüchtlingsklasse“ der VHS	November 2015	November 2015	dito	Information zum Rechtssystem; Abbau von Schwellenängsten
Amtsgericht Wildeshausen	Spiegel im Fahrstuhl	2014	2014	2014	Behindertengerechte Bauweise
Amtsgericht Bersenbrück	Einrichtung des Sitzungssaalmanagements	Mitte 2014	voraussichtlich Mitte 2016		Übersichtliche und schnelle Information der Bürgerinnen und Bürger über Sitzungen im Amtsgericht
Amtsgericht Bersenbrück	Videoüberwachung im Wartebereich	Mitte 2014	Ende 2014		Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Gebäude
Amtsgericht Bersenbrück	Einrichtung eines Zeugenberaters	01/2016	02/2016		Zentraler Ansprechpartner für Zeuginnen und Zeugen
Amtsgericht Bersenbrück	(voraussichtlich) Einrichtung eines Justizservices	01/2016	12/2016		Zentraler Ansprechpartner für Antragstellerinnen und Antragsteller

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
Amtsgericht Bersenbrück	Verbesserung der Zuwegung zum Amtsgericht und Fertigstellung eines Behindertenparkplatzes	Sommer 2015	Sommer 2015		Barrierefreiheit für Bürgerinnen und Bürger mit körperlichen Einschränkungen
Amtsgericht Bersenbrück	(voraussichtlich) Anbringung von Blindenschrift im Gebäude und Verbesserung der Beschilderung im Außenbereich	März 2016	Sommer 2016		Zur besseren Orientierung von Blinden soll im Gericht eine Blindenschriftbeschilderung angebracht werden. Im Außenbereich ist zur besseren Orientierung eine neue Beschilderung angedacht.
Amtsgericht Meppen	Überarbeitung Homepage; Formular sollen ergänzt und zur Verfügung gestellt werden			ca. 2016	Information
Amtsgericht Nordhorn	Behindertengerechter Eingang			2015	Barrierefreiheit
Landgericht Osnabrück	Anbringung eines Monitors im Zwischentrakt auf dem alle Sitzungen im LG u. AG angezeigt werden; Einführung eines Sitzungssaalmanagements	2014	Okt. 2014	Okt. 2014	Übersichtliche u. schnelle Information der Bürger/-innen
Landgericht Osnabrück	Wegeleitsystem zum neuen Saaltrakt	2014	April 2015	April 2015	Übersichtliche u. schnelle Information der Bürger/-innen
Amtsgericht Osnabrück	Anbringung eines Flachbildschirms in der Eingangshalle, auf dem alle Sitzungen angezeigt werden	04/2015	04/2015		Bessere Orientierung und Information des rechtssuchenden Publikums
Amtsgericht Osnabrück	Einrichtung einer weiteren behindertengerechten Toilette	2014	2014		Behindertengerechte Erschließung
Amtsgericht Osnabrück	Anbringung eines Monitors im Zwischentrakt auf dem alle Sitzungen des LG und AG angezeigt werden; Einführung eines Sitzungssaalmanagements	2014	10/2014	10/2014	Übersichtliche und schnelle Information des rechtssuchenden Publikums
Amtsgericht Osnabrück	Verbesserung des hausinternen Wegeleitsystems	04/2015	Kontinuierliche Weiterentwicklung		Verbesserte Orientierung des rechtssuchenden Publikums im Hause
Amtsgericht Osnabrück	Umfassende Nutzung der Justizauktion	01/2016	Läuft weiterhin		Bürgernahe Kommunikation mit Kaufinteressenten von ausrangiertem Justizequipment

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
GenStA Braunschweig	Justiz im Dialog: Gemeinsame Veranstaltung der Niedersächsischen Justiz und des Leserforums der Braunschweiger Zeitung	19. März 2014	März 2014	März 2014	Vermittlung der Chancen und Grenzen von Absprachen im Strafverfahren für besorgte Bürgerinnen und Bürger
Staatsanwaltschaft Stade / LG Stade	Zusammenarbeit StA/Gericht insbes. in Haftsachen und Umfangsverfahren	05.08.2014	14.01.2015	dauert an	Verfahrensbeschleunigung zum Wohle der Bürger
Staatsanwaltschaft Lüneburg, Zweigst. Celle	Nachrüstung Telefonanlage mit Anrufbeantwortern	01/2014	12/2014	dauert an	Verbesserung der Erreichbarkeit von Behördenangehörigen
Landgericht Verden (im Rahmen der Gebäudeverwaltung)	Sanierung einer Rollstuhlrampe (Das Gebäude von Amtsgericht und Staatsanwaltschaft ist seit Erbauung 1982 barrierefrei)	10/2015		02/2016	Sicherer Zugang vom Parkdeck zum Eingangsbereich von StA/AG für Rollstuhlfahrer, Krankentransporte u.ä.
Staatsanwaltschaft Oldenburg	Erweiterung der Sprechzeiten der Rechtsantragstelle	2/2015		10/2015	Erweiterung des zeitlichen Zugangs zur Rechtsantragstelle für rechtsuchende Bürgerinnen und Bürger
Staatsanwaltschaft Aurich	Erreichbarkeit der Rechtsantragstelle	2015	2015	2015	Durchgängige Erreichbarkeit der Rechtsantragstelle auch während der Mittagszeit
Staatsanwaltschaft Aurich	Begleitung rechtsuchender Bürger durch Wachtmeister zu dem gewünschten Ansprechpartner	2015		2015	Bürgerfreundlichkeit
alle Gerichte der niedersächsischen Sozialgerichtsbarkeit	Vordrucke und Merkblätter für Klagen und Eilanträge	6/2013	11/2013	12/2013	Zurverfügungstellung von Vordrucken und Merkblättern für Klagen und Eilanträgen auf den Homepages der Gerichte der niedersächsischen Sozialgerichtsbarkeit
Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen zusammen mit dem Sozialgericht Hildesheim	Modellprojekt Südniedersachsen	8/2015	April 2016 (Start am 06.04.2016)	Frühjahr 2017	Pilotierung von Gerichtstagen und einer Rechtsantragstelle des Sozialgerichts Hildesheims in den Räumen des Amtsgerichts Göttingen jeweils mittwochs

Dienststelle	Kurzbezeichnung des Vorhabens	Beginn des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss des Vorhabens (Monat/Jahr)	Abschluss der Umsetzung (Monat/Jahr)	Ziel des Vorhabens
Verwaltungsgericht Stade	Arbeitsgruppe zur Evaluierung des Inklusionsbedarfs am Gericht	04/2015	05/2015	noch nicht abgeschlossen	Verbesserung der Barrierefreiheit des Gerichts
Verwaltungsgericht Osnabrück	Mobile Rechtsantragstelle	03/2016		05/2016	Verbesserung der Erreichbarkeit im großen Gerichtssprengel
Verwaltungsgericht Osnabrück	Info-Blatt-Asyl	04/2016	04/2016	04/2016	Information für Asylsuchende